



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 5. Mai 2020 – Auszug aus Drucksache 18/7853 –

Frage Nummer 50 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter **Jan Schiffers** (AfD) Ich frage die Staatsregierung, wie wird das Angebot der Schwangerschaftskonfliktberatung angenommen, seitdem im Zuge der Corona-Krise die Beratung auch telefonisch bzw. online möglich ist und wie entwickeln sich seitdem die Fallzahlen der Beratungen?

Antwort des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

Nach übereinstimmenden Rückmeldungen der koordinierenden Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen der Regierungen ist kein Rückgang der Konfliktberatungen seit Beginn der Corona-Krise zu erkennen, die Beratungszahlen entsprechen etwa denen im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Möglicherweise erfolgte eine geringfügige Änderung bei der Inanspruchnahme der Träger. Da die Gesundheitsverwaltungen an den Landratsämtern stärker in die Bewältigung der Corona-Krise eingebunden sind, wurden teilweise Beratungsstellen freier Träger stärker kontaktiert.

Bei den meisten Beratungsstellen werden nach wie vor face-to-face-Beratungen unter Beachtung der Hygienemaßnahmen durchgeführt, oft auf Wunsch der Klientinnen (z. B. bei mangelnden Deutschkenntnissen), einige Beratungsstellen freier Träger beraten gehäuft oder ausschließliche per Telefon, E-Mail oder Video (selten).